



BUNDESRECHNUNGSHOF

Pressemitteilung

Frankfurt am Main, den 08. September 1993

Zu den Agenturmeldungen vom 08. September 1993 über den Bericht des BRH wegen der Kosten der Endlagerung abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken teilt der Sprecher des Bundesrechnungshofes mit:

"Anlaß für die Pressemeldung ist ein Bericht, den der Bundesrechnungshof (BRH) im Rahmen seiner Beratungsfunktion gegenüber Regierung und Parlament am 27. Juli 1993 den Berichterstattern im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages für die Einzelpläne des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gegenüber abgegeben hat. Das Sekretariat des Haushaltsausschusses hat den Bericht allen Mitgliedern zugeleitet. Der Bericht beantwortet Fragen der Berichterstatter zur Kostentragung für die Ausgaben des BMFT für Forschung und Entwicklung zur nuklearen Entsorgung und der insoweit bestehenden Verpflichtungen. Gegenstand des Berichts war nicht eine Auseinandersetzung mit der "Atompolitik" der Bundesregierung und Fragen der Wiederaufarbeitung.

Nach dem Atomgesetz obliegt die Errichtung und der Betrieb nuklearer Endlager dem Bund, die Kostentragung für notwendige anlagenbezogene Forschung und Entwicklung der Wirtschaft. Unter Einbeziehung der Ausgaben bis 1991 hat das BMFT etwa die Hälfte seiner diesbezüglichen Ausgaben der Wirtschaft in Rechnung gestellt, jedoch die andere Hälfte aufgrund einer Ressortvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Wirtschaft, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert.

Herausgegeben vom Bundesrechnungshof - Pressestelle.
Verantwortlich: [REDACTED]

Postadresse:
60284 Frankfurt

Hausadresse:
Berliner Straße 51
60311 Frankfurt

Telefon

Telefax

Telex

Der BRH kommt zu dem Ergebnis, daß der Aufwand, der für die anlagenbezogene Forschung und Entwicklung zur Endlagerung notwendig ist, von der zur Ablieferung der nuklearen Abfälle verpflichteten Wirtschaft zu tragen ist.

Der BRH merkt kritisch an, daß das BMFT in der Vergangenheit nicht deutlich unterschieden hat, ob es sich um anlagenbezogene oder nicht anlagenbezogene notwendige Forschung und Entwicklung handelt. Das aber ist Voraussetzung, um die vollständige Einbeziehung anlagenbezogener Forschung und Entwicklung in die Beiträge und Vorausleistungen sicherzustellen.

Der BRH hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß das Atomgesetz die Verpflichtung zur Endlagerung auf solche Reststoffe beschränkt, deren weitere Verwertung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse, denen auch die beteiligten Ministerien in dem umfangreichen Schriftwechsel mit dem BRH nicht widersprochen haben, wird die Wiederaufarbeitung als mindestens doppelt so teuer wie die direkte Endlagerung angesehen. Hieraus hat der BRH den Schluß gezogen, daß die Wiederaufarbeitung wirtschaftlich nicht mehr vertretbar und die direkte Endlagerung vom Atomgesetz gedeckt ist.

In dieser Rechtsfrage besteht allerdings keine Übereinstimmung mit den beteiligten Bundesministerien. Diese sehen für die üblichen Leichtwasserreaktoren die Wiederaufarbeitung als einzige vom Atomgesetz vorgesehene Möglichkeit. Sie haben deshalb bisher die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zur direkten Endlagerung nicht in die Berechnung der von der Wirtschaft zu tragenden Kosten einbezogen.

Der BRH erhebt in dem zitierten Bericht die Forderung, daß die Bundesministerien die Erhebung von Beiträgen und Vorausleistungen für alle Ausgaben für die Forschung und Entwicklung zur direkten Endlagerung sicherstellen sollen."